

Durch Zufall SPD-Sprecher

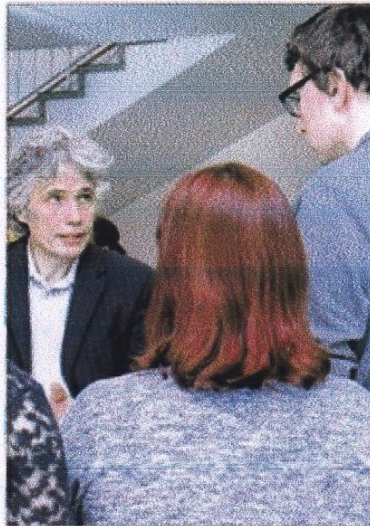
Zeitzeuge Stephan Hilsberg über Zeit der Oktoberrevolution

Von Mascha Abeln

MEPPEN. Den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution zum Anlass genommen hat die Marienhausschule Meppen, um eine Plakatausstellung mit dem Thema „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“ zu zeigen.

Die Ausstellung, zu der Stephan Hilsberg als Zeitzeuge der Revolution geladen war, ist bis zum Beginn der Osterferien öffentlich zugänglich. Die Eröffnung der Ausstellung, in der die Geschichte des Kommunismus von 1917 bis in die Gegenwart nachgezeichnet wird, fand jetzt statt.

Als Gründungsmitglied der SPD in der DDR berichtete Stephan Hilsberg, damals 33, von seinen persönlichen Erfahrungen zur Zeit der Wende. Der gelernte Informatiker, der aus einer Pfarrfamilie stammt, informierte über die Lebensumstände in Ostberlin und seinem Begehren, das System zu verändern.



Stephan Hilsberg von der SPD stand den Schülern in Meppen Rede und Antwort.

Foto: Mascha Abeln

Danach hatten die Schüler der BOS Gesundheit und Soziales, die Heilerziehungspflege-Schüler und auch die Gäste Gelegenheit, sich die Plakat-Ausstellung in Ruhe anzuschauen. Stephan Hilsberg beantwortete Fragen.

Bei der Podiumsdiskussion begründete der Zeitzeuge sein politisches Engagement:

„Man hatte das Gefühl, man wird in der DDR um sein Leben betrogen“: Es fand seinen Ursprung in der Opposition und führte – durch Zufall – zur Stelle als 1. Sprecher der neu gegründeten SPD. Ein Treffen mit vermeintlichen Gleichgesinnten entpuppte sich als Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Die Gruppe machte es sich damals zur Aufgabe, einen Demokratisierungsprozess in Gang zu bringen, um das bis dahin bestehende totalitäre System abzuschaffen. „Es hat großen Spaß gemacht, dieses verhasste System zu beseitigen!“, erinnert sich Hilsberg.

Die interessierten Schüler wollten vor allem wissen, ob Hilsberg sich nicht vor Konsequenzen gefürchtet hätte. „Doch, natürlich hat man Angst.“ Aber: Hilsberg stand zu seiner Entscheidung und nannte eine mögliche Haftstrafe, die durch die Staatsicherheit drohte, als „geringen Preis für Demokratie“.